

1 Programmplattform zur Europawahl am 26. Mai 2019

2 „Europa. Besser. Machen!“

3
4 Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 sind eine Weichenstellung für
5 die Zukunft der Europäischen Union. Die Bürger haben die Wahl. Doch es geht nicht nur
6 um die Wahl für oder gegen die europäische Idee. Es geht darum, welche Idee wir von un-
7 serer gemeinsamen Zukunft in Europa haben. **Für Europa sind viele. Aber Europa muss**
8 **man richtig machen. Und mit den richtigen Ideen kann man Europa. Besser. Machen!**
9 Meine Kandidatur für das Europäische Parlament ist getragen von meiner tiefen Überzeu-
10 gung, dass nur eine starke Union die Sicherheit, den Frieden und den Wohlstand unserer Kin-
11 der bewahren und unsere Art zu leben sichern kann. Für diese starke Union habe ich ge-
12 meinsam mit vielen Unterstützern Ideen entwickelt, die ich mit dieser Plattform zur Dis-
13 kussion stelle. Damit will ich meinen Beitrag dazu leisten, dass wir in dieser Europawahl
14 wirklich über europapolitische Themen diskutieren. Die Positionen sind nicht allesamt
15 Programm der CDU/CSU. Sie stellen vielmehr **meine politischen Überzeugungen** dar, auf
16 Basis derer ich für die Saarländerinnen und Saarländer im Europäischen Parlament arbei-
17 ten will.

20 **Kapitel 1: Für ein Europa der Jugend**

22 **Europa der Mobilität junger Menschen: das Youth for Europe-Ticket**

23
24 Europa entsteht durch Begegnung. Andere Sprachen, andere Kulturen kennenlernen, die
25 Vielfalt unseres Kontinents erleben, das ist für viele Europäer ein prägendes Ereignis ihrer
26 Jugend geworden. Beispielhaft hierfür steht der große Erfolg des Förderprogramms Eras-
27 mus+, das jungen Menschen europaweite Mobilität und neue Chancen ermöglicht hat. Für
28 den Ausbau von Erasmus+ werde ich mich deswegen gezielt einsetzen.

29
30 Die EU-Initiative discoverEU hat über 15 000 Jugendlichen ermöglicht, kostenlos mit ei-
31 nem Interrail-Ticket durch die Länder der EU zu reisen. Beworben darum haben sich jedoch
32 über 100.000 junge Menschen über 18 Jahre. Das Ziel muss sein, dass jeder junge Europäer
33 über 18 Jahre Zugang zu einer Förderung seiner Mobilität hat. Wer ein konkretes Projekt
34 wie ein Praktikum oder einen Sprachkurs machen will, soll einfach und unbürokratisch ein
35 **„Youth for Europe“-Ticket** bei der EU abrufen können.

38 Die Europäischste Universität der EU: Die UniGR als „Helmut-Kohl-Europa-
39 Universität“ weltweit sichtbar machen

40

41 Die Universität der Großregion (UniGR) im Herzen Europas bildet ein einzigartiges Netz-
42 werk mit mehr als 130.000 Studierenden in der Großregion zwischen der Universität des
43 Saarlandes und den Hochschulen in Lothringen, Luxemburg, Lüttich, Kaiserslautern und
44 Trier. Dieser Verbund bietet die Möglichkeit, grenzüberschreitend zu studieren, zu for-
45 schen, interkulturelle Kenntnisse zu erwerben und andere akademische Systeme kennen
46 zu lernen.

47

48 Die besondere **Kompetenz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** braucht es in
49 vielen Grenzregionen innerhalb der Europäischen Union. Mit der Entscheidung der UniGR,
50 eine **Allianz** zu bilden mit anderen Universitäten in der EU, die diese grenzüberschreitende
51 Arbeit im Alltag leben und weiterentwickeln wollen, betritt die UniGR Neuland und setzt
52 sich damit an die Spitze der europäischen Hochschulkooperation. Sie ist somit prädesti-
53 niert, als „**europäische Universität**“ von der EU-Kommission anerkannt und gefördert zu
54 werden.

55

56 Die UniGR ist in vielen Bereichen Vorreiterin der Hochschulkooperation in der EU. Sie bie-
57 tet einzigartige Chancen für junge Menschen auf ein grenzüberschreitendes Studium und
58 auf den Erwerb interkultureller Kompetenzen ab dem ersten Studientag. Damit ist sie be-
59 reits eine europäische Universität. Das Ziel muss es sein, sie zur „europäischsten Universi-
60 tät“ zu machen.

61

62 Dazu gehört auch eine **Marke**, die weltweit verstanden wird, bei der Menschen auf allen
63 Kontinenten an Europa denken, mit der die UniGR in Lehre und Forschung sichtbar wird
64 und weiter wachsen kann. Ich will daher anregen, dass die UniGR sich einen Namen gibt,
65 der eine solche Marke werden kann. Meines Erachtens hätte sie als „**Helmut Kohl Europa-**
66 **Universität**“ dazu alle Chancen!

67

68

69

Kapitel 2: Für ein Europa der Bürger

Europa im Alltag: Den Abbau von Grenzhindernissen vorantreiben

Die Grenzregionen spielen eine **zentrale Rolle im Zusammenwachsen** der Völker Europas. Hier wird die europäische Idee täglich gelebt, hier erleben die Bürger aber auch jeden Tag, dass noch vieles besser gemacht werden muss. Gerade an den innereuropäischen Grenzen, wo die nationalen Rechtsordnungen aufeinander stoßen, leiden die Bürger häufig unter den damit einhergehenden Hindernissen, dem bürokratischen Aufwand und auch dem Versuch mancher, damit Protektionismus durch die Hintertür zu betreiben, den es im gemeinsamen Binnenmarkt nicht mehr geben dürfte. Ziel muss es sein, dass diese Hindernisse schleunig und Schritt für Schritt konkret abgebaut werden. Für grenzüberschreitende Projekte – wie Kitas entlang der Grenze oder grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote – muss es deshalb ein Rechtsinstrument geben, mit dem ein gemeinsames Recht für solche Projekte vereinbart werden kann, wodurch viele Grenzhindernisse unmittelbar wegfallen könnten. Der Vorschlag Luxemburgs eines „**European Cross Border Mechanism**“ geht dabei in die richtige Richtung. Er ist auch ein Schritt zur Stärkung der Regionen in Europa. Und ein starkes Europa braucht ebenso **starke Regionen!**

Europa inklusiv: Europa für alle Menschen erfahrbar machen!

Eine der größten Erfolgsgeschichten in der EU sind die Austauschprogramme wie zum Beispiel Erasmus, durch die viele Europäer die **europäische Idee selbst erleben und erfahren** konnten. Während dies bislang schwerpunktmäßig in Schule und Ausbildung erfolgte, gab es für Menschen mit Behinderungen vielfach keine solche Möglichkeit. Die europäische Idee darf jedoch kein exklusives Projekt sein. Das Ziel muss es sein, allen Menschen diese wertvollen Erfahrungen zugänglich zu machen. Mein Vorschlag ist daher, dass die EU ein **Austauschprogramm für Menschen mit Behinderungen** initiiert, die beispielsweise den Austausch von Menschen in Werkstätten entsprechend der Ideen von Schüleraustauschen fördert und die Einrichtungen stärker vernetzt.

Europa des Fortschritts: Gemeinsam den Krebs besiegen

Trotz des medizinischen Fortschritts steigt die Zahl der Krebserkrankten weiter an. Fast jeder dritte Europäer erkrankt in seinem Leben an Krebs. Die notwendigen Ausgaben für Forschung und Therapie übersteigen viele nationale Budgets und erfordern eine echte

108 **gemeinsame europäische Kraftanstrengung.** Ziel muss es sein, dass wir den Fortschritt
109 so beschleunigen, dass in wenigen Jahrzehnten niemand mehr an Krebs sterben muss. Die
110 Europäische Volkspartei (EVP) hat dazu bereits einen Plan vorgelegt, der diese Strategie
111 beschreibt. Durch die massive Erhöhung der Forschungsausgaben, die Einrichtung eines
112 europaweiten Krebsregisters, die Verstärkung der Prävention, die Nutzung der Chancen
113 von e-Health sowie die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren durch die Europäi-
114 sche Arzneimittelagentur wollen wir Europäer gemeinsam den Krebs besiegen.

115

116

117

118 **Kapitel 3: Für ein Europa der Chancen**

119

120 **Für ein Europäisches Wirtschaftsrecht: Vertiefung des Binnenmarkts durch Kodifizie-** 121 **rung des Rechts der Unternehmen**

122

123 Der Binnenmarkt in Europa ist eine **wirtschaftliche Erfolgsgeschichte.** Nicht zuletzt
124 dadurch haben wir in Europa ein hohes Niveau an Wohlstand und sozialer Sicherheit er-
125 reicht. Gerade das Saarland als exportorientiertes Land profitiert massiv vom Binnen-
126 markt.

127

128

129 Dennoch gelten für die zentralen Akteure des Markts, die Unternehmen, in den Mitglieds-
130 staaten der EU nach wie vor unterschiedliche Spielregeln. Was für die Beratungsindustrie
131 ein Segen ist und für große Konzerne kein Problem, stellt gerade für **kleine und mittlere**
132 **Unternehmen ein echtes Hindernis** dar, wenn sie die Chancen des Binnenmarkts nutzen
133 wollen.

134 Einheitliche Märkte bedürfen für ihr reibungsloses Funktionieren einheitlicher Rahmenbe-
135 dingungen. Unterschiedliche Regeln in den Mitgliedstaaten führen hingegen zu höheren
136 Informations- und Transaktionskosten. Das schreckt viele ab.

137

138 Ziel muss es daher sein, das Europäische Wirtschaftsrecht Schritt für Schritt zu kodifizie-
139 ren. Eine einheitliche Ausgestaltung des Insolvenzrechts, des Handelsregisters, des Versi-
140 cherungsvertragsrechts oder der Regeln über Kreditsicherheiten wären beispielsweise von
141 großem Nutzen. Das Wirtschaftsrecht sollte der Tätigkeit aller Wettbewerbsakteure im
142 Binnenmarkt denselben transparenten Rahmen setzen. Die schrittweise Vereinheitlichung
143 des Rechts für Unternehmen ist im besonderen Interesse von Grenzregionen wie unserem
144 Saarland, weil gerade hier auch kleinere Unternehmen grenzüberschreitend arbeiten.

145

Für einen "Schuman-Plan" für Künstliche Intelligenz: Auf dem Weg zur KI-Union

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine der **Schlüsseltechnologien in der Digitalisierung**. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob Deutschland und Europa wettbewerbsfähig bleiben und in der Konkurrenz mit China und den USA bestehen können. KI unterstützt ganz entscheidend Zukunftstechnologien wie autonomes Fahren, Sprachassistenzsysteme oder neue Anwendungen in der Medizin. Sie ist die Antwort auf zahlreiche gesellschaftliche Fragestellungen, die für unser Zusammenleben maßgeblich sind, etwa in den Bereichen Sicherheit oder Gesundheit.

Die Folgen für alle Lebensbereiche werden ähnlich umfassend und umwälzend sein wie bei der Elektrifizierung: KI ist die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts! So wie Kohle und Stahl in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit der Montan-Union Dreh- und Angelpunkt der europäischen Integration wurden – und damit wesentliche Grundlagen von Wirtschaft und Wachstum –, wollen wir diese nächste industrielle Revolution gemeinsam europäisch gestalten.

Frankreich und Deutschland haben diese Notwendigkeit erkannt und im **Vertrag von Aachen** die Künstliche Intelligenz als den Forschungsschwerpunkt der deutsch-französischen Zusammenarbeit definiert. Das Saarland will Ausgangspunkt und Zentrum dieses Plans sein. Mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und dem CISPA-Helmholtz-Institut sind wir schon heute Weltspitze in genau den Forschungsfeldern, die die nächste industrielle Revolution erschließen wird. Diese Stärken wollen wir in eine „**Europäischen KI-Union**“ einbringen und weiter ausbauen.

Wenn wir Europäer mit den globalen Entwicklungen Schritt halten und vorangehen wollen, müssen wir nicht nur deutlich mehr tun, sondern auch mehr gemeinsam tun. Denn derzeit investieren Asien in diesem Bereich dreimal so viel, die USA gar sechsmal so viel wie Europa. Konzerne wie VW verlagern bereits ganze Produktionsbereiche nach China, auch wegen der KI-Infrastruktur. Bis Ende 2020 werden über 5.000 Experten am größten Entwicklungsstandort von Google außerhalb der USA arbeiten: jedoch in der Schweiz – und nicht in Deutschland, Frankreich oder Belgien. Weit über 200.000 Europäerinnen und Europäer sind am Durchbruch der neuen industriellen Revolution beteiligt: jedoch im Silicon Valley in den USA – und nicht an europäischen Forschungszentren. All das zeigt: Die Europäische Union muss noch Vieles besser machen!

183 Deshalb setzen wir uns für einen „Schuman-Plan für Künstliche Intelligenz“ mit folgenden
184 Schwerpunkten ein:

185

186 1) Nur ein großer, gemeinsamer europäischer Wurf kann uns voranbringen:

187 Nur wenn die EU schnell handelt, findet die Revolution nicht ohne uns statt. So wie Schu-
188 man 1950 seinen weitsichtigen Plan zur Gründung der Montan-Union vorlegte, brauchen
189 wir diesen Aufbruch heute für Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Wir brauchen
190 eine **echte, schlagkräftige und gemeinsame „Europäische KI-Union“!**

191

192 2) Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung haben dafür den
193 Grundstein gelegt:

194 Auf den koordinierten Plan der Kommission für Künstliche Intelligenz (KOM) antwortete
195 die KI-Strategie der Bundesregierung. Der Plan der KOM sieht allerdings vor, bis zum Jahr
196 2030 nur bis zu 20 Mrd. Euro jährlich in KI zu investieren. Das ist ein **guter Ansatz – wir**
197 **brauchen aber mehr und müssen auf den Stärken aufbauen**, die wir jetzt schon haben:
198 Mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz hat das Saarland das
199 führende Institut für KI in Deutschland und mit dem CISPA-Helmholtz-Zentrum entsteht
200 ein wahrer Champion im Bereich der CyberSecurity direkt bei uns. Die neue Europäische
201 KI-Gemeinschaft muss auf genau diesen Kompetenzen aufbauen, sie nutzen und zügig
202 stärken.

203

204 3) Die neue Europäische KI-Gemeinschaft muss klare Prioritäten setzen:

205 - KI verändert grundlegend die **Wertschöpfungsketten**. Daher muss sichergestellt
206 werden, dass Wissen und Forschung möglichst schnell in der Wirtschaft ankommen:
207 Auch hier brauchen wir eine europäische KI-Gemeinschaft, die die Daten – den
208 „Rohstoff der KI“ – für europäische Projekte nutzbar macht.

209

210 - Die Grundvoraussetzungen dafür, dass die Menschen KI nicht als bedrohliches Sze-
211 nario, sondern **als große Chance empfinden**, sind die Gestaltbarkeit der ethischen
212 Dimension von KI sowie die Datensicherheit. Auch hier muss die „Europäische KI-
213 Union“ vorangehen.

214

215 - Wir wollen zügig klären, welche Daten wie und von wem genutzt werden. Wir wol-
216 len einen wirksamen, keinen überbürokratischen, wachstumshemmenden Daten-
217 schutz. Dazu gehört auch, die **Datenschutzgrundverordnung auf ihre Praxistaug-**
218 **lichkeit hin zu überprüfen.**

219

220 - Regionale Forschungsstandorte stärken: Der Vorteil der „Europäischen KI-Union“
221 liegt in ihrer Vielfalt und Vernetzung, wie es das DFKI heute schon vormacht: Daher
222 sprechen wir uns für die **Gründung eines europäischen Netzwerks für Wissens-**
223 **und Innovationstransfer** aus.

224

225 - Gemeinsam für eine **bildungspolitische Offensive**: KI lebt nicht nur von Daten,
226 sondern auch von den Menschen, die mittels KI konkrete Anwendungsprobleme lö-
227 sen. Ausbildung, Weiterbildung und Information wird zur Hauptherausforderung,
228 die wir als gemeinsame Anstrengung angehen müssen. Wir brauchen eine echte
229 „europäische Bildungsinitiative KI“, die die vielfältigen Ansätze in den Ländern
230 bündelt und koordiniert. Die Verinnerlichung des Digitalen als zentrale Kulturtech-
231 nik in der breiten Bevölkerung zu verwurzeln heißt, bei den jungen Menschen anzu-
232 setzen. Denn nur so kann auf mittlere Sicht die Innovationsfähigkeit zum selbstver-
233 ständlichen Markenkern unseres Landes werden.

234

235

236

237 **Kapitel 4: Für ein Europa der Sicherheit**

238

239 Wir leben in Zeiten neuer geopolitischer Umstände. Bewährte und bisher selbstverständli-
240 che internationale Strukturen und Bündnisse werden offen in Frage gestellt. Ein zentrales
241 Grundversprechen Europas muss dennoch seine Gültigkeit behalten: Europa muss ein Le-
242 ben in Frieden und Sicherheit garantieren! Das bedeutet aber auch: Europa muss stärker,
243 vereinter und engagierter seine Verteidigung und die Vertretung seiner internationalen
244 Interessen selbst in die Hand nehmen!

245

246 Es ist richtig, dass im Zuge der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik bereits we-
247 sentliche Fortschritte erreicht worden sind. Aber: Sie reichen nicht aus, um den Heraus-
248 forderungen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können.

249

250 Wir brauchen nichts weniger als eine echte **Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-**
251 **union!** Wenn die Stimme Europas an den Außengrenzen, aber auch bei internationalen
252 Konflikten Gehör finden soll, bedarf es eines starken Gerüsts koordinierter, personell und
253 operativ exzellent ausgestatteter Streitkräfte, die unsere gemeinsamen europäischen Inte-
254 ressen auch vertreten können.

255

256 Das verlangt allen Ländern Europas viel ab. Aber: Diesen Weg zu beschreiten ist ebenso
257 notwendig wie unerlässlich, wenn wir nicht eine geopolitische Agenda von dritter Seite
258 diktiert bekommen wollen.

259

260 Zentraler Pfeiler unserer Sicherheitspolitik ist und bleibt die NATO sowie eine solide
261 **transatlantische Partnerschaft**. Ziel muss es jedoch sein, dass Europa seine **strategische**
262 **Souveränität** wiedergewinnt. Diesem Ziel dienen folgende Vorschläge:

263

264 (1) Den **Europäischen Sicherheitsrat** gründen:

265

266 Auf Ebene der Staats- und Regierungschefs muss künftig regelmäßig – analog zum UN-
267 Sicherheitsrat – um eine gemeinsame europäische Position bei den entscheidenden
268 Fragen, die Sicherheit und Verteidigung betreffen –gerungen werden. Die Position
269 muss bindend für alle sein und die nationalen Verteidigungsagenden maßgeblich ge-
270 gestalten.

271

272 Der **Europäische Sicherheitsrat** wird überdies das auch in der Öffentlichkeit entschei-
273 dende Gremium, das eine genuin europäische Position nach außen vertritt und über-
274 haupt sichtbar macht. Seine länderspezifischen Empfehlungen stehen im Rang von
275 Absichtserklärungen, die durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden müssen,
276 um eine möglichst breite Unterstützung sicherzustellen.

277

278

279 (2) Ein gemeinsamer **europäischer Sitz im Sicherheitsrat** der UN:

280

281 Wenn die Vereinten Nationen die geopolitischen Realitäten abbilden wollen, bedarf es
282 einer Reform seiner Zusammensetzung Mittelfristig braucht es einen gemeinsamen
283 europäischen Sitz in einem solchen reformierten Gremium.

284 Mit dem europäischen Sitzes im UN-Sicherheitsrates wird der wirtschaftlich und ge-
285 sellschaftlich starken europäischen Stimme endlich auch ein sicherheits- und verteid-
286 igungspolitisches Pendant zur Seite gestellt. Als Europäerinnen und Europäer müssen
287 wir uns in unsere neue geopolitische Verantwortung einfinden.

288

289

290 (3) Echte Souveränität braucht eine **starke Verteidigungsindustrie**:

291

292 Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf Europäischer Ebene ist auch eine industrie-
293 und wirtschaftspolitische Chance. Der Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsinfra-

294 struktur und die Initiierung gemeinsamer europäischer Rüstungsprojekte muss voran-
295 getrieben und gestärkt werden. Hier ist eine engere Zusammenarbeit auch zugleich
296 Chance, in der Konkurrenz zu bestehen und ambitionierte Projekte voranzutreiben.
297 Gemeinsam werden wir unsere Verteidigungssysteme auf die Herausforderungen des
298 21. Jahrhunderts vorbereiten und dafür Sorge tragen, dass Europa bei der technischen
299 Entwicklung nicht abgehängt wird.

300

301 Eine gemeinsame **Verteidigungsinfrastruktur** ist auch deswegen ein Gebot der Stun-
302 de angesichts von Datensicherheit und Tech-Transfer: Auch hier gilt: Wir müssen die
303 Verteidigung unserer Sicherheit selbst in die Hand nehmen.

304

305

306 (4) Dass die Konvergenz der Systeme und der politischen Abstimmungen in der **Zukunft**
307 **zu einer echten Europäischen Armee** führt.

308

309 Eine Europäische Armee mit klar definiertem Auftrag und unter Wahrung der verfas-
310 sungsgemäß garantierten nationalen Mitspracherechte ist möglich. Und sie ist
311 notwendig angesichts der Herausforderungen, die auf Europa zukommen werden oder
312 schon aktuell sind. Eine Europäische Armee ist das Fernziel und der logische Abschluss
313 einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion.

314

315

316 **Für einen effektiven Schutz der Außengrenzen des Schengen-Raums und die Sicherung**
317 **unserer Freiheiten**

318

319 Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns deutlich gezeigt, dass die Steuerung und Be-
320 grenzung von Migration nicht durch einzelne Staaten bewältigt werden kann. Aus diesen
321 Erfahrungen haben wir gelernt und sowohl in Deutschland, als auch in Europa, zentrale
322 Schritte unternommen, um diese Probleme klar und effektiv zu bewältigen – Mit neuen
323 Gesetzespaketen im Asylbereich, der Schließung von Balkan- und Mittelmeerroute und
324 engerem Austausch der europäischen Sicherheitsbehörden.

325

326 Das Ziel dieser Anstrengungen ist allerdings noch nicht erreicht. Die Routen der Migration
327 nach Europa, Flüchtlingsströme in Zentral- und Nordafrika oder dem Nahen Osten verän-
328 dern sich, noch immer ertrinken Menschen im Mittelmeer. Diese Entwicklungen darf die
329 Europäische Union nicht unbeantwortet lassen. **Frontex** muss jetzt **deutlich aufgestockt**
330 werden und in Zukunft, als **europäische Grenzpolizei**, den Schutz unserer Außengrenzen
331 übernehmen. Ziel muss es sein, dass wir Europäer in eigener Souveränität darüber ent-

332 scheiden können, wer und unter welchen Bedingungen nach Europa einreisen darf. Nur so
333 kann der **Schengen-Raum vollendet und die Errungenschaft der Grundfreiheiten inner-**
334 **halb des grenzenlosen Schengen-Raums gesichert** werden.

335
336
337

Kapitel 5: Für ein Europa der Verantwortung

339

Für eine gemeinsame strategische und wertebasierte Entwicklungshilfepolitik und eine neue Partnerschaft mit Afrika

342

343 Selten wird deutlich, wie sehr es auf Europa in den nächsten Jahren ankommt wie beim
344 Blick über den eigenen Tellerrand nach Afrika oder in andere Regionen in Entwicklung:
345 Schon in wenigen Jahren wird jeder fünfte Einwohner unseres Planeten aus Afrika stam-
346 men – **bis 2050 verdoppelt sich die Bevölkerungszahl**. Bekanntlich gilt Afrika als Wiege
347 der Menschheit – im 21. Jahrhundert wird das Schicksal Afrikas nun entscheidend für unse-
348 re Zukunft insgesamt. Dabei sollten wir Europäer nicht nur die **Risiken** sondern auch die
349 **Chancen** sehen, die mit Afrika als Partner und Markt verbunden sind. Es wird auch auf uns
350 Europäer ankommen, ob wir diese Chancen für unsere beiden Kontinente verwandeln kön-
351 nen – und sie beherzt ergreifen.

352

353 Ziel unserer **Partnerschaft auf Augenhöhe** mit den Ländern Afrikas muss deren positive
354 Entwicklung im beiderseitigen Interesse sein. Nur so kann der wachsende Migrationsdruck
355 nach Europa nachhaltig eingedämmt werden.

356

357 Derzeit verhandelt die EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks ein Nach-
358 folgeabkommen des seit 2000 geltenden Cotonou-Abkommens. Bisher prägen überwie-
359 gend regionale und bilaterale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen die Beziehungen Euro-
360 pas uns Afrikas. Das muss nicht so bleiben!

361

362 Auch hier hat Europa mächtig aufzuholen: Europa ist zwar noch wichtigster Abnehmer af-
363 rikanischer Exporte – aber auch hier schläft die **chinesische Konkurrenz** nicht: Die Investi-
364 tionen in Afrika aus China übersteigen mehr als das 20-fache dessen, was Deutschland
365 zurzeit leistet. Und dabei sind es genau diese Investitionen, die Wachstum und Beschäfti-
366 gung sichern.

367

368

369 Auch hier gilt: Europa ist unsere Chance. Ziele müssen unter anderem sein:

370

371 - **Entwicklungspolitik gemeinsam und wertebasiert** intensivieren: In Afrika muss Euro-
372 pa mit einer Stimme sprechen und damit in Konkurrenz nicht zuletzt zur Volksrepublik
373 China vernehmbar bleiben. Unsere Hilfe zur Entwicklung erfolgt auf Augenhöhe und
374 vor einem klaren Wertehintergrund. Das Werben für **Demokratie, Rechtsstaat und**
375 **Menschenrechte** muss dabei eine zentrale Rolle spielen.

376

377 - Die Europäische Union insgesamt (und nicht einzelne Mitgliedsstaaten) muss **starker,**
378 **verlässlicher Partner der Afrikanischen Union** werden. Der Erfolg, eine gemeinsame
379 Freihandelszone 2018 in Afrika geschaffen zu haben und die Bemühungen, Konflikte
380 erfolgreich in Afrika selbst zu lösen, sollten uns Ansporn genug sein, hier beherzt zu
381 handeln.

382

383 - Die Macht des Europäischen Parlaments stärken: Der Europäische Entwicklungsfonds
384 sieht über 30 Milliarden Euro bis 2020 für Entwicklungsarbeit vor: Der EEF muss **daue-**
385 **rhaft ins Budget der EU integriert und ausgebaut** werden! Um Planungssicherheit zu
386 garantieren, reichen jeweils neu zu verhandelnde Teilsummen nicht aus. Ich werde
387 mich für eine sichere und höhere Ausstattung des Fonds stark machen. Denn die
388 Zukunft Europas wird (auch) in Afrika entschieden.

389

390 - Mit dem Motto '**Fluchtursachen bekämpfen**' Ernst machen: Entwicklungs- und Han-
391 delspolitik mit Afrika ist der zentrale Hebel, dieses Problem anzugehen: Für mich ist
392 dabei klar: **Fachkräfte werden gebraucht – weltweit und auch in Afrika:** Wer die Län-
393 der Afrikas der Menschen beraubt, die dank ihrer Ausbildung und Jugend Entwicklung
394 ermöglichen können, schafft ein weiteres Entwicklungshindernis und somit weitere
395 Migrationsursachen.

396

397

398 **Für eine glaubwürdige europäische Klimaschutzpolitik**

399

400 Mit dem Pariser Klimaabkommen hat die Weltgemeinschaft einen starken und wichtigen
401 Grundstein zur Bekämpfung der Erderwärmung und für mehr Natur- und Umweltschutz
402 beschlossen. An der Verbindlichkeit der gemeinsam verabschiedeten Ziele besteht kein
403 Zweifel. Doch Klimaschutz wird nicht allein in Deutschland gelingen. Wir müssen auf eu-
404 ropäischer Ebene Standards setzen und insbesondere **Forschung und Entwicklung** noch
405 deutlicher fördern, um Klimaschutz auch für die Weltregionen bezahlbar und durchführbar
406 zu machen, deren Bevölkerungen zunächst nach Wohlstand streben.

407

408 Ziel muss es sein, dass Europa das weltweite Ziel des Klimaschutzes glaubwürdig vertritt
409 und für Lösungen einsteht, die eine **positive ökonomische und soziale Entwicklung in**
410 **Europa und in den Ländern in Entwicklung** sowie den Schutz des Klimas nicht als Wider-
411 sprüche ansehen.

412

413 Die hohe Sensibilität gerade junger Menschen für den Klimaschutz, die sich in der **Bewe-**
414 **gung „fridays for future“** manifestiert, gilt es für die Dynamik des Klimaschutzes positiv
415 aufzunehmen und zu nutzen. Daraus kann auch ein besseres Verständnis für ökologische
416 Zusammenhänge, die Relevanz eigener Entscheidungen und eigenen Verhaltens als Ver-
417 braucher und Bürger entstehen. Dafür muss jedoch die Politik den Jugendlichen ernstzu-
418 nehmende Beteiligungsmöglichkeiten in der Diskussion und Formulierung der europäi-
419 schen Klimaschutzpolitik anbieten. Und diese müssen sie annehmen und wahrnehmen.
420 Daher setze ich mich ein für eine **„Europäische Jugenddebatte über den Klimaschutz“**
421 ein, im Rahmen derer in allen Mitgliedsstaaten der EU junge Menschen in Debatten, Pro-
422 jekten oder im Netz sich mit den Fragen des Klimaschutzes beschäftigen können und eine
423 große Europäische Jugendkonferenz zum Klimaschutz vorbereiten und durchführen.

424

425

426 **Für ein Ende der Lebensmittelverschwendung in Europa**

427

428 Millionen Tonnen Lebensmittel werden Jahr für Jahr weggeworfen, obwohl sie noch ge-
429 nießbar sind und man sie noch essen könnte. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorgani-
430 sation der Vereinten Nationen (FAO) geht davon aus, dass weltweit rund ein Drittel der für
431 den menschlichen Verbrauch produzierten Lebensmittel verloren gehen oder weggewor-
432 fen werden. Dies entspricht einer Menge von 1,3 Milliarden Tonnen im Jahr! Alleine in
433 Deutschland landen jährlich mehr als **18 Millionen Tonnen Lebensmittel** auf dem Müll,
434 wovon 10 Millionen als vermeidbar gelten. Auch dies entspricht einem Drittel des Nah-
435 rungsmittelverbrauches der Bundesbürger. 20 Milliarden Euro landen damit einfach in der
436 Tonne. Mit rund 60 Prozent entfällt der Großteil der Lebensmittelabfälle nach überein-
437 stimmenden Untersuchungen auf Privathaushalte. Im Durchschnitt wirft damit jeder von
438 uns pro Jahr 82 kg Lebensmittel weg. Dies entspricht täglich dem Volumen eines durch-
439 schnittlichen Frühstücks und kostet jeden Bundesbürger rund 250 Euro im Jahr.

440

441 Diese „verlorenen“ Lebensmittel wurden angebaut, geerntet, transportiert, weiterverar-
442 beitet und eventuell bereits zubereitet, um schließlich im Müll zu landen. Sie verbrauchen
443 somit wertvolle **Ressourcen, Arbeitskraft und Anbaufläche**. Auch trägt Lebensmittelver-
444 schwendung zur Umweltverschmutzung bei: Alleine in Deutschland sind weggeworfene

445 Lebensmittel für 48 Millionen Tonnen unnötig ausgestoßener Treibhausgase verantwort-
446 lich. Darüber hinaus landen rund 4 Millionen Schweine und 200.000 Rinder in Deutschland
447 pro Jahr auf dem Müll. Aus Tieren gewonnene Nahrungsmittel einfach wegzuwerfen, ist
448 auch ein ethisches Problem, weil Tiere nicht nur Lebensmittel, sondern auch Lebewesen
449 sind.

450

451 Der sorglose und in der Gesamtbetrachtung verschwenderische Umgang mit Nahrung er-
452 scheint eingedenk des zwar bereits zurückgegangenen, aber immer noch vorhandenen
453 Hungers in manchen Teilen der Welt geradezu grotesk. Schließlich leiden weltweit noch
454 immer zwischen 800 und 950 Millionen Menschen an **chronischer Unterernährung und**
455 **Hunger**. Wir sollten uns stärker bewusst machen: Unser Konsum hat Auswirkungen auf
456 unsere Umwelt und auch auf den Hunger in der Welt. Ressourcenverschwendung bei uns
457 und Ressourcenknappheit in anderen Teilen der Erde sind auch im Zusammenhang zu be-
458 trachten und stellen ein ethisches und soziales Problem dar. Diese Art der Ressourcenver-
459 schwendung werden sich kommende Generationen – bei einem prognostizierten Anstieg
460 der Weltbevölkerung auf über neun Milliarden Menschen – gar nicht mehr leisten können.
461 Meine Überzeugung ist: Bereits unsere Generation sollte sich diese Verschwendung nicht
462 mehr leisten wollen!

463

464 Die Europäische Kommission hat im Jahr 2012 das Ziel formuliert, die Lebensmittelver-
465 schwendung bis 2020 um 50 % zu reduzieren. Dieses Ziel wird voraussichtlich nicht er-
466 reicht werden. Mein **Ziel ist es, dass wir Europäer die Verschwendung unserer Nah-**
467 **rungsmittel massiv reduzieren**. Dazu gehören Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedsstaa-
468 ten wie die Reform des Mindesthaltbarkeitsdatums oder die Regelung von Lebensmittel-
469 spenden, insbesondere aber die Förderung einer Landwirtschaft, die in regionalen Wert-
470 schöpfungsketten arbeitet.

471

472

473

474

Kapitel 6: Für ein Europa der nächsten Generation

Das europäische Projekt ist noch lange nicht vollendet. Schon heute ist die Europäische Union längst keine bloße Wirtschaftsunion mehr. Sie ist eine politische Union auf der Basis grundlegender gemeinsamer europäischer Werte und rechtsstaatlicher Grundsätze. Sie steht damit nicht zuletzt für **unsere europäische Art zu leben**.

In einer Welt, in der unsere Werte und Grundsätze immer stärker unter Druck geraten, werden wir unsere Art zu leben und unser Gesellschaftsmodell nur bewahren und verteidigen können, wenn wir dies zusammen tun. Wir Europäer stehen mit unserem Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft, einer freiheitlichen Demokratie sowie der Herrschaft des Rechts im **Systemwettbewerb** mit anderen Vorstellungen, den wir nur gemeinsam für uns entscheiden können.

Meine Überzeugung ist, dass dies nur mit einer Vertiefung der **politischen Union** möglich sein wird. Diese Vertiefung bedarf jedoch einer grundlegenden Debatte über die Frage, wie wir unsere politische Union weiterentwickeln wollen. Dabei müssen die Bürger von Anfang an in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir brauchen einen **Verfassungskonvent der Bürger**.

Für den Start eines Verfassungskonvents der Bürger am 9. Mai 2020

Startpunkt eines solchen „Verfassungskonvents der Bürger“ soll der 9. Mai 2020 sein. Genau 70 Jahre nach der Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman für eine Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion nach dem Zweiten Weltkrieg – der Geburt der Europäischen Union – soll mit dem Verfassungskonvent die Vorbereitung eines Bürgervotums über die zukünftigen Strukturen der Europäischen Union beginnen.

Im Rahmen dieses **partizipativen Diskussionsprozesses** in der gesamten Europäischen Union sollen alle Bürger in unterschiedlichen Foren die Möglichkeit bekommen, die europäische Idee von Grund auf diskutieren zu können. Wesentlich ist, dass dabei echte Debatten unter Europäern entstehen. Daher müssen begleitend zum Diskussionsprozess **alle Formen der Begegnung zwischen Menschen in Europa gefördert** werden. Im Rahmen des Diskussionsprozesses dieses Verfassungskonvents soll jeder Europäer die Möglichkeit haben, grenzüberschreitend zu diskutieren. Neben digitalen Formaten der Partizipation,

512 die dies heute möglich machen, soll dies auch durch die Förderung von Austauschen, bei-
513 spielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften, erfolgen.

514

515

516 **Für eine europäische Volksabstimmung über die Zukunft der EU bei der Europawahl**
517 **2024**

518

519 Aufbauend auf dem Diskussionsprozess des Bürgerkonvents und konkretisiert durch ein
520 parlamentarisches Gremium auf europäischer Ebene, in dem auch die Parlamente der Mit-
521 gliedsstaaten vertreten sind, sollen in den vier Jahren nach dem Start des Konvents **Vor-**
522 **schläge zur Reform der Europäischen Union** erarbeitet werden.

523

524 Ziel muss es sein, damit zu einer Verbesserung der Strukturen und einer Vertiefung der
525 politischen Union in den großen Fragen zu kommen, in denen wir Europäer nur noch **ge-**
526 **meinsam unsere Souveränität bewahren und verteidigen** können. Dabei müssen diejeni-
527 gen vorangehen können, die mehr Integration wollen. Das Prinzip der Einstimmigkeit muss
528 weiter in den Hintergrund treten. Meine Überzeugung ist jedoch, dass ein solcher **tiefgrei-**
529 **fender Integrationsschritt nur im Rahmen einer demokratisch unmittelbar durch die**
530 **Europäer legitimierten Entscheidung** vollzogen werden kann.

531

532 Im Zuge der Europawahlen im Jahr 2024 sollen daher die Europäer in einer gemeinsamen
533 Abstimmung über die Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Union ent-
534 scheiden.